

Für ein Europa der Menschen, Regionen und Nationen in kultureller Vielfalt, Frieden und Freiheit.

Entwurf des Wahlprogramms für die Wahl zum europäischen Parlament der basisdemokratischen Partei Deutschlands - dieBasis (Stand 25.1.2024)

Wir unterscheiden zwischen der Europäischen Union (EU) und Europa:

- Europa, das ein kultureller, geschichtlich gewachsener geographischer Begriff und Lebensraum ist, ein Kontinent, der von Portugal bis zum Ural reicht und
- der EU, die sich zu einem von überwiegend wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen gesteuerten, supranationalen Projekt entwickelt hat, das sich von den Menschen dieses Staatenverbundes immer mehr entfremdet hat und zum Teil grundlegenden demokratischen Prinzipien und dem in den Grundlagenverträgen verankerten Subsidiaritätsprinzip widerspricht.

Unsere Partei dieBasis steht wie keine andere für Basisdemokratie, direkte Demokratie, gelebte Subsidiarität und regionale Entscheidungsstrukturen – nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb der EU. Dass unsere Stimmen dort gehört und wir nicht länger bevormundet werden, ist bei den aktuell hochbrisanten EU-Themen äußerst wichtig. Deshalb nimmt dieBasis an der EU-Wahl am 9.6.2024 teil. Wir wollen die Demokratie in der EU vom Kopf auf die Füße stellen und der Stimme der Bürger und Bürgerinnen in der Bundesrepublik Deutschland im EU-Parlament Gehör verschaffen.

Die Menschen in der Europäischen Union erleben eine fortschreitende Entmündigung und eine Schwächung nationaler Souveränitätsrechte bei gleichzeitiger Verlagerung der Entscheidungsmacht auf von Lobbyisten unterwanderte, undemokratische, nicht gewählte EU-Institutionen. Immer neue Richtlinien und Verordnungen aus Brüssel verstärken Jahr um Jahr die wirtschaftliche Dominanz weniger globaler Konzerne und Eliten. Die dadurch verursachten, gesellschaftspolitischen Auswirkungen sind nicht zu übersehen. Die Schere zwischen Arm und Reich und damit die soziale Spaltung in den Staaten der EU wird zunehmend verstärkt. Nicht nur der Niedriglohnsektor wächst rasant, auch der Mittelstand ist aktuell ernsthaft bedroht.

Disclaimer

Der nachfolgende Programmentwurf ist eine gekürzte und zusammengestellte Fassung der EU-Wahlprogramm-Vorschläge der "Arbeitsgemeinschaft EU und Europa" der Partei dieBasis. Sie basieren auf den 4 Säulen von dieBasis, dem Rahmenprogramm und dem Wahlkampfprogramm des Bundes, den Programmen der Länder und auf bereits durchgeführten Konsensierungen (Abfragen) zu Themen, die auch die EU betreffen auf unterschiedlichen Parteebenen vorbehaltlich einer noch durchzuführenden abschließenden Mitgliederbefragung/Abstimmung der hier dargestellten Positionen.

I. Für eine basisdemokratische Europäische Union – Die EU den Bürgern und Bürgerinnen zurückgeben

Die Partei dieBasis lehnt entschieden den Status quo und die Bestrebungen einer Umwandlung der EU in einen Bundesstaat (Vereinigte Staaten von Europa) mit einer für die Mitgliedstaaten verbindlichen EU-Verfassung und der Abgabe nationaler Souveränitätsrechte ab. dieBasis steht für Subsidiarität und regionale Entscheidungsstrukturen, für die Beteiligung aller Bürger und Bürgerinnen an wichtigen Entscheidungen, für EU-weite Volksabstimmungen, für die Stärkung von Bürgerrechten und transparente Entscheidungsprozesse in der EU.

Mehr Demokratie ist das Kernthema der basisdemokratischen Partei Deutschlands für die anstehende EU-Parlamentswahl. Inwieweit ein Moloch wie die EU und ihre Organe reformierbar ist, wird sich zeigen. Gemäß einer Umfrage unter den Mitgliedern vom Oktober 2023 können sich viele Mitglieder der Partei dieBasis auch eine geordnete Auflösung der EU und Übergang in einen Bund souveräner Staaten oder gar einen DEXIT vorstellen - insbesondere dann, wenn eine Demokratisierung und Reformierung des Staatenverbundes EU in Form einer deutlichen Reduzierung der Macht von EU-Institutionen und Schaffung basisdemokratischer/ direktdemokratischer Strukturen, wie wir sie im Folgenden skizzieren, nicht möglich sein sollte.

⇒ **Grundsätzliche Änderung der EU-Strukturen und der demokratischen Prozesse:**

1. dieBasis fordert die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der EU.

Dies bedeutet die Rückverlagerung gesetzgeberischer Initiativen in kleinteilige (regionale) Entscheidungsstrukturen der Nationalstaaten, sofern nicht in bestimmten Bereichen die Aufgabenstellung einen Kooperationsprozess auf gemeinschaftlicher Ebene der EU- Länder sinnvoller erscheinen lässt. Dabei muss die Souveränität der Staaten geachtet und die unterschiedlichen Standpunkte und Werte der Länder respektiert werden.

2. dieBasis fordert die Reduzierung der Zuständigkeiten der EU auf einige wesentliche Bereiche.

Die Menschen und Betriebe in der EU sind vielen Bereichen des Alltags von einer Flut von Verordnungen und Richtlinien betroffen, die zu immensem bürokratischem Aufwand führen und deren Sinnhaftigkeit immer weniger nachvollziehbar ist. Der immer mehr ausufernden Regulierungstiefe muss Einhalt geboten werden. Im Sinne einer selbstbestimmten und gleichberechtigten EU-Politik nach dem Prinzip gelebter Subsidiarität mit regionalen Entscheidungsstrukturen müssen die Zuständigkeiten der EU auf einige wesentliche Bereiche reduziert werden. Die zu übertragenden Bereiche müssen von den Bürgern und Bürgerinnen aller Mitgliedsstaaten entschieden werden.

3. Bereits an die EU übertragene nationale Kompetenzen dürfen nicht auf transnationale, teils private Institutionen weitergegeben werden.

Als Beispiele seien hier genannt: Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), oder auch Freihandelsabkommen wie CETA, TTIP, MERCOSUR.

4. dieBasis fordert die Herstellung von vollumfänglicher Transparenz der Entscheidungen der EU-Kommission

Entscheidungen der EU-Kommission und deren Grundlagen müssen öffentlich und nachvollziehbar dargelegt werden entsprechend der Festlegungen zur vollumfänglichen Transparenz aus dem Vertrag von Lisabon

. Beteiligte sowie externe Berater und evtl. bestehende Interessenskonflikte müssen offengelegt werden. Eine der wesentlichen Aufgaben für dieBasis-Parlamentarier ist es, mehr Transparenz und Öffentlichkeit zu schaffen und Demokratie-Defizite und Fehlentwicklungen innerhalb des jetzigen EU-Konstrukts aufzuzeigen.

5. dieBasis fordert das volle Gesetzgebungs-Initiativrecht des EU-Parlaments

Eine der originären Aufgaben eines Parlamentes ist die Eingabe von Gesetzesentwürfen (Initiativrecht). Das EU-Parlament verfügt nicht über dieses Initiativrecht. Das EU-Parlament ist mit einem vollen Initiativrecht auszustatten, um den Willen der EU-Bürger vertreten zu können.

6. Die Basis fordert die Einhaltung der Gewaltenteilung in der EU

Legislative (EU-Parlament), Exekutive (europäischen Kommission) und Judikative (EUGh), sowie die Medien als weitere Kontrollinstanz müssen unabhängig voneinander agieren können. Es gilt die aktuelle einseitige Machtstellung der EU-Kommission abzubauen. Die Kontrollfunktion des EU-Parlaments gegenüber der EU-Kommission muss gestärkt werden. Der Wechsel von hochrangigen Vertretern von einer Instanz in die nächste, z.B. in den EUGh, oder auch in Konzernvorstände o.ä. ist nur nach einer vorherigen Karenzzeit von 5-Jahren zulässig.

7. Schluss mit kostspieligen Umzügen des europäischen Parlaments zwischen zwei Standorten! Festlegung auf einen festen Sitz.

Der Sitz des Europäischen Parlaments ist Straßburg, wo jährlich zwölf jeweils viertägige Plenarsitzungen stattfinden. Zusätzliche Plenartagungen finden jedoch derzeit auch in Brüssel statt und die Umzüge verschlingen Millionen. Alle Parlamentssitzungen haben an einem von den EU Bürger festzulegenden Ort stattzufinden.

⇒ **Aufbau basisdemokratischer Strukturen und Stärkung des einzelnen EU-Bürgers:**

8. EU-weite Volksabstimmungen fordern und fördern

dieBasis fordert und unterstützt EU-weite Volksabstimmungen als Mittel der Basisdemokratie/Direkten Demokratie.

9. dieBasis fordert ein Initiativrecht der EU-Bürger durch Stärkung der EBI

Mit einer Europäischen Bürgerinitiative (EBI) können EU-Bürger Rechtsakte in Bereichen vorschlagen, die in die Zuständigkeit der EU fallen. Die Partei dieBasis unterstützt die Durchführung von EBIs und fordert, die EBI durch ein Initiativrecht aufzuwerten und eine deutliche Senkung der unverhältnismäßig hohen Quoren (1 Million Unterschriften aus einem Viertel der EU-Staaten).

10. Machtmissbrauch und Vorteilsnahme durch Lobbyismus verhindern.

Bisher läuft es so: „Die Wirtschaft gibt die Richtung vor, und die Politik macht den Weg frei“. dieBasis verlangt strenge Kontrollen des Lobbyismus, um Machtmissbrauch und Manipulation zu verhindern. Statt einseitiger Ausrichtung der EU an Wirtschafts- und Lobbyinteressen wollen wir eine klare Orientierung am Gemeinwohl sowie an den Grund- und Freiheitsrechten.

⇒ **EU-Erweiterung:**

11. Eine Erweiterung der EU darf nur über Volksabstimmungen sowohl im Beitrittsland als auch in den bisherigen EU-Ländern erfolgen.

12. dieBasis ist gegen eine geopolitisch motivierte Erweiterung der EU.

Das Ob und Wie einer EU-Erweiterung muss dem Bedürfnis der Menschen in den Beitrittsstaaten sowie denen der Mitgliedsländer entsprechen, von ihnen entschieden werden und darf nicht von den geopolitischen Interessen der globalen Akteure (z.B. USA) dominiert sein.

II. Gesundheit – Für die Selbstbestimmung über unsere Körper, keine Gesundheitsdiktatur!

Während die Corona-Pandemie und ihre Folgen noch nicht aufgearbeitet sind und keine Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden, drohen mit dem geplanten WHO-Pandemievertrag und der Ausweitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR), sowie Aufweichung von Standards zur Medikamenten- und Impfstoffzulassung und der Digitalisierung im Gesundheitswesen auf internationaler Ebene akute Gefahr für die Selbstbestimmung über unsere Körper, unsere Gesundheit und unsere Freiheit. Die Verhinderung der geplanten Maßnahmen hat für die Partei dieBasis oberste Priorität. dieBasis setzt sich für den Schutz der Patientenrechte und Wahlfreiheit in den Therapieformen ein.

Daraus leiten sich folgende Forderungen der Partei dieBasis für den Bereich Gesundheit ab:

- 1. Die Macht, die der Souverän an die europäischen Parlamente und Regierungen durch Wahlen übertragen hat, darf nicht an transnationale Organisationen wie die WHO weiter gereicht werden, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen.**
- 2. Weder WHO noch EU-Kommission dürfen den Ländern verpflichtende Gesundheits-Maßnahmen verordnen noch gar durchführen.**

Die WHO darf weiterhin nur eine beratende Funktion für die Nationalstaaten haben und sich in keinem Fall zu einer Weltgesundheitsregierung oder Gesundheitspolizei entwickeln. dieBasis lehnt den sogenannten Pandemievertrag der WHO und die Ausweitung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) entschieden ab und ist gegen ein Verhandlungsmandat der EU Kommission für diesen Pandemievertrag. Dies ist ausschließliche Aufgabe der Nationalstaaten. Deutschland muss die Übertragung zurücknehmen. Die Finanzierung der WHO durch die EU ist zu hinterfragen.

3. **dieBasis fordert eine unabhängige Aufarbeitung der Corona-Pandemie und der Verquickungen der Pharmaindustrie mit EU-Organen bei der Zulassung und Beschaffung von „Impfstoffen“ in diesem Zusammenhang.**
4. **dieBasis fordert eine Aufhebung der Haftungsfreistellung für Hersteller gentherapeutischer „Impfstoffe“ und die Einrichtung eines Fonds für Impfpfopfer durch die Pharmaindustrie.**
5. **dieBasis wendet sich gegen eine Aufweichung der Zulassungsverfahren und -kriterien für Medikamente und Impfstoffe und lehnt die geplante Umstellung von Impfungen auf die mRNA Technik (auch für Tiere) entschieden ab.**
6. **Kein Digitaler EU-Gesundheitspass – Gesundheitsdiktatur verhindern**

Nach dem Covid-19 Impfpass wurde der digitale EU-Gesundheitspass eingeführt, der Gesundheitsinformationen, wie Impfstatus und Testergebnisse, enthält. Digitale Gesundheitspässe enthalten also sehr vertrauliche persönliche Informationen und können leicht missbraucht werden. Der Weg zu einer Überwachungsgesellschaft, in der Gesundheitsinformationen zur Diskriminierung und Stigmatisierung von Personen aufgrund ihres Gesundheitszustandes dienen, ist damit weit geöffnet. Eine Klassengesellschaft, in der Personen gestaffelt nach Impf- oder Teststatus Teilhabe am öffentlichen Leben haben, Leistungen gekürzt werden oder gar Berufsverbot bekommen, konnten wir schon während der „Pandemie“ erleben. Dies lehnt die Partei dieBasis ab.

7. **Kein digitaler EU-Gesundheitsraum – Nein zum gläsernen Patienten**

Der geplante European Health Data Space (EHDS) zielt auf einen europäischen Gesundheitsdatenraum zum Austausch von Daten über Grenzen hinweg. Auf diese Weise will die Kommission die europäische Forschung konkurrenzfähig machen, vor allem im globalen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten und China. Geplant ist, dass Patienten, Kliniken, Labore und der öffentliche Gesundheitsdienst „sensible medizinische Informationen“ für eine Primär- und Sekundärnutzung staatlichen Stellen und Pharmaunternehmen zur Verfügung stellen – auch für eine kommerzielle Nutzung.

Die Partei dieBasis hält den Austausch von Patientendaten nur im "Opt-in"-Verfahren (ausdrückliche und freiwillige Zustimmung des Patienten) ohne jegliche Bevorteilung wie z.B. Bonuspunkte, geringere Beiträge, Beitragsrückerstattungen, Gratisbratwurst für zulässig. Die Datenfreigabe für Forschungszwecke darf nur vollständig anonymisiert erfolgen!

III. Recht auf analoges Leben – Keine Digitale Kontrolle

Wir sind auf dem Weg zum gläsernen Menschen!

Über der digitalen Machbarkeit steht für uns immer die Würde des Menschen. Wir fordern deshalb eine Dignitätethik, welche die gegenwärtige und die zukünftige Freiheit, Menschenwürde und Lebensqualität in den Mittelpunkt stellt.

Wir sind für digitale Technologien vor allem, wenn sie der europäischen Demokratie förderlich sind. Technischer Fortschritt sollte vom Grundsatz geleitet sein, der gesamten Gesellschaft zu dienen, und darf Menschen, die mit der digitalen Technik nicht klarkommen oder sie nicht wollen, nicht ausgrenzen und diskriminieren. Insbesondere darf Technik nicht dazu genutzt werden, Menschen zu übervorteilen, zu unterdrücken, zu zensieren und zu kontrollieren. Persönliche Daten sind Eigentum jedes Einzelnen und daher wertvoll und schützenswert.

Eine gesunde Entwicklung des menschlichen Geistes ist uns wichtig, weshalb wir soziales Miteinander wertschätzen und unterstützen. Wie groß die Gefahr ist, sich selbst in der digitalen Welt zu verlieren, zeigte sich insbesondere in der Phase des Corona-Lockdowns, die zu Abschottung, Depression und einer hohen Selbstmordrate unter der Bevölkerung führte.

Eine totale Transparenz von Bürgern, die z. B. mit einem „digitalen Impfpass“ erreicht werden könnte, widerspricht dem Grundgesetz und unseren gesellschaftlichen Werten. Darüber hinaus schafft sie ein Machtungleichgewicht zu Gunsten derjenigen, die Zugang zu den Daten haben. dieBasis lehnt dies im Sinne der Machtbegrenzung ab. Informationelle Selbstbestimmung hat gerade auch im Zeitalter der Digitalisierung zu gelten. Aufgrund ihres grenzüberschreitenden Charakters ist das Thema Digitalisierung ein europäisches.

dieBasis setzt sich auch in Europa ein für:

- Das Grundrecht auf Privatsphäre als Schutz vor übergeordneten Strukturen
- Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung
- Das Grundrecht auf Freizügigkeit.
- Die Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung
- Die Einhaltung der Europäischen Grundrechtecharta

⇒ dieBasis Forderungen zur Digitalisierung

1. *Mögliche Schadwirkungen der Digitalisierung begrenzen und ethische Regeln einführen.*

Bei allen positiven Aspekten der Digitalisierung müssen auf der anderen Seite mögliche Schadwirkungen ebenfalls berücksichtigt werden. dieBasis fordert deshalb neutrale und unabhängige Untersuchungen beispielsweise zu 5G-Technologie sowie Forschung zur Entwicklung garantiert humanverträglicher Übertragungstechnik.

Roboter und Künstliche Intelligenz (KI) sollen dem allgemeinen Wohlstand dienen und nicht zur Verarmung weiterer Bevölkerungsschichten führen oder gar gegen den Menschen gerichtet werden. Es sollen ethische Grundsätze gelten, die als Sicherheitsmechanismen dienen, um zunehmend eigenständig agierenden KI unter Kontrolle zu halten. Zur genauen Definition ethischer Regeln für KI, Roboter und Drohnen soll eine Kommission unabhängiger Wissenschaftler unter Einbeziehung eines Bürgerrats tagen.

Der Einsatz von selbständig handelnder KI, Robotern und Drohnen für den Kriegseinsatz bzw. zur Tötung menschlichen Lebens muss ausgeschlossen sein und geächtet werden. Wir schlagen vor, die Menschenrechte, ähnlich dem Verbot von Giftgaseinsatz, dahingehend zu erweitern.

Zu einer ethischen Betrachtung gehört für uns auch, die Selbstbestimmung über den Grad der eigenen Digitalisierung: So muss auch weiterhin ein analoges Leben ohne wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligungen grundsätzlich möglich sein. Die Einführung gesellschaftsverändernder Technologien bedarf basisdemokratischer Legitimation und Kontrolle.

2. Keine digitale Überwachung

Digitale Daten sind wertvoll und machen vieles möglich, jedoch lehnen wir anlasslose Überwachung, Vorratsdatenspeicherung, sowie biometrische Überwachung ab. Eine Massenüberwachung oder Erstellung von Bewegungsprofilen darf es nicht geben. Auch Einzelüberwachungen darf es nur mit strenger, staatlich-juristischer Kontrolle geben. Das Briefgeheimnis muss auch im digitalen Bereich gelten.

Eine im Körper verankerte digitale Identifikation oder Speicherung, z. B. für Zugangs- und Schließsysteme, Pass oder Ausweis, lehnen wir ab. Auch darf es keinen direkten oder indirekten Zwang zu einem solchen Eingriff in den menschlichen Körper geben.

3. IT-Souveränität und Netzneutralität:

dieBasis fordert die Souveränität durch selbst kontrollierte, sichere IT für Europa mit einer eigenen europäischen Daten-Infrastruktur, um die digitale Selbstbestimmung zu sichern.

⇒ **Diese EU-Programme lehnen wir ab bzw. wollen wir zurücknehmen:**

4. Keine digitale EU-Identität – Totale Kontrolle verhindern

Die EU möchte die Abschaffung von Reisepässen und Personalausweisen. Mit der digitalen Identität sollen biometrische Grenzkontrollen geschaffen werden. Die Verfolgung der Bewegungen und Aktivitäten von Einzelpersonen ist eine eindeutige Verletzung des Rechts auf Privatsphäre und Freizügigkeit der Mobilität.

Die Einführung einer digitalen Identität (ID2020) ist in Verbindung mit dem EU-Gesundheitspass und der Bargeldabschaffung brandgefährlich. Aufgrund der dadurch ermöglichten Rückverfolgbarkeit jeglicher Transaktionen wird der Mensch gläsern für Regierungen, Unternehmen und andere Interessengruppen.

5. Digital Services Act – Zensur wird verpflichtend

Die EU hat mit dem Digital Services Act (DSA) als Ablösung des deutschen Netzwerkdurchsetzungsgesetzes ein äußerst schwammiges Gesetz geschaffen, das Einzelpersonen und Klein- und mittelständische Unternehmen nahezu beliebiger staatlicher Willkür ausliefert und sie zu umfangreichen Zensurmaßnahmen verpflichtet. Online-Anbieter müssen die gesellschaftlichen Risiken ihrer Dienste untersuchen, etwa im Hinblick auf die Verbreitung von schädlichen Inhalten und die Auswirkungen auf Wahlen, Menschenrechte oder die psychische Gesundheit der Nutzer, und Maßnahmen zur Minimierung erkannter Risiken ergreifen. Eine Zensur durch private, keiner Kontrolle unterliegenden Strukturen lehnen wir ab. Wer entscheidet was ein gesellschaftliches Risiko ist – z.B. die WHO, Facebook, ominöse Faktenchecker ...? Darf Gesinnungspolitik die ethischen Grundsätze vorgeben? Ebenso verbietet sich eine Zensur bzw. die Verhinderung der freien Meinungsäußerung ohne Rechtsverfahren, z. B. durch Uploadfilter.

6. Kein Digital Markets Act zu Gunsten der Großkonzerne – Nutzerrechte stärken.

Mit dem Digital Markets Act (DMA) hat die EU eine Regulierung zur „Fairness“ von Märkten im Digitalsektor eingeführt. Sogenannte „Gatekeeper (Torwächter)“ - die großen Online Plattformen - sollen sich gegenseitig fair behandeln. Um diese sogenannte „Fairness“ zu gewährleisten, werden die Datenschutzrechte der Nutzer jedoch massiv eingeschränkt. Ein Austausch der Nutzerdaten der großen multinationalen Online-Konzerne untereinander – mittelständische Unternehmen und Kleinunternehmen sind natürlich außen vor – ist also aus Gründen der „Fairness“ notwendig. DieBasis fordert die Rücknahme des DMA und eine Stärkung der Nutzerrechte gegenüber den Online-Plattformen.

IV. Finger weg von unserem Geld – keine Enteignung und Entmündigung

Die Abschaffung des Bargeldes wird zielgerichtet und in kleinen Schritten vorangetrieben.

Die EU-Kommission stellt seit Anfang 2023 die Weichen für den digitalen Euro als gesetzliches Zahlungsmittel. Über das digitale Bezahlen kann die digitale Identität effizient erzwungen werden. Wie lange wird es wohl dauern, bis digitales Geld das Bargeld nicht nur ergänzen, sondern ersetzen wird?

Das von der „Better Than Cash Alliance“ instrumentalisierte Argument, Bargeld würde Steuerhinterziehung oder Geldwäsche unterstützen, ist unsachgemäß. Der Versuch, Kriminalität mit der Abschaffung von Bargeld bekämpfen zu wollen, ist als Kurieren von Symptomen und nicht als Beseitigung der Ursachen solcher Kriminalität zu werten. Vieles spricht dafür, dass es um mehr geht als um die Bekämpfung von Kriminalität. In einer nächsten Phase der ungelösten Schuldenkrise könnte ein verstärkter Zugriff auf private Vermögen zum Thema werden.

Es hätte weitreichende Folgen, wenn es kein Bargeld mehr gäbe und Bezahlen nur noch mit elektronischer Währung möglich wäre. Die heutigen Banken wären weitgehend überflüssig. Einnahmen und Ausgaben würden ausschließlich über ein Konto bei der Zentralbank abgewickelt.

Die Abschaffung des Bargeldes macht uns alle erpressbar

Mit digitalem Geld werden alle Transaktionen und Zahlungsvorgänge nachvollziehbar, registriert und möglicherweise sogar hackbar – mit der Folge, dass wir zum gläsernen Kunden werden. Damit steht einer kompletten Kontrolle und Überwachung nichts mehr im Wege. Für den Zugriff auf die Daten braucht der Staat sich nur noch mit der Zentralbank auseinanderzusetzen. Mit der Einführung einer digitalen Zentralbankwährung ist die technische Voraussetzung für totalitären Missbrauch geschaffen (z.B. eine Beschränkung der Zahlungsvorgänge nach „gutem“ oder „schlechtem“ Verhalten der Bürger, der völlige Ausschluss von Finanztransaktionen, bis hin zu der Möglichkeit, das Einkaufen gänzlich zu verwehren, wird mit ausschließlich digitalem Geld leicht umsetzbar). Wir erinnern uns: Im Zuge der Corona-Maßnahmen wurden vielen kritischen Menschen die Bankkonten gekündigt.

Auch die Abhängigkeit elektronischer Systeme von der Energieversorgung dürfte ein deutliches Risiko sein.

Die Enteignung und Entmündigung der Menschen haben bereits begonnen

Es werden bereits die ersten Bonus-Punktesysteme für Bürger pilotiert, analog dem chinesischen „Social Credit System“. Sie sind Beispiele für den Verlust bürgerlicher Freiheitsrechte. Die Smart City Charta postuliert „Privateigentum sei Luxus und es gebe weniger Bedarf an demokratischen Wahlen“. Hierfür wird ganz offen in Projekten wie der „Post-Ownership Society“ und der „Post-Voting Society“ geworben.

Die Einführung einer digitalen Identität (ID2020) ist in Verbindung mit der Bargeldabschaffung brandgefährlich. Aufgrund der dadurch ermöglichten Rückverfolgbarkeit jeglicher Transaktionen wird der Mensch gläsern für Regierungen, Unternehmen und andere Interessengruppen.

Bargeld sichert unsere Freiheit und unsere demokratischen Grundrechte.

Die Forderungen von dieBasis zum Thema Finanzen sind:

1. *Wir fordern ein gesetzliches Recht auf Bargeldzahlung!*

Bargeld muss auch in der EU als gesetzlich anerkanntes Zahlungsmittel neben bargeldlosem Zahlungsverkehr dauerhaft erhalten bleiben. Die Autonomie über das Geld ist ein Grundpfeiler unserer individuellen Freiheit und Sicherheit. dieBasis setzt sich konsequent für den Erhalt von Bargeld ein, unterstützt zusätzliche Regionalwährungen und befürwortet die Freiheit der persönlichen Entscheidung für Krypto-Währungen. Bargeld ist gelebte Freiheit und gelebter Datenschutz. Eine Abschaffung wäre das Ende unserer individuellen Freiheitsrechte!

Das Bargeld sollte daher als auch als Grundrecht in den europäischen Verfassungen verankert werden. Am 15 Juni 2023 hat die Slowakei als weltweit erster Staat das Recht auf Bargeldzahlung in ihre Verfassung aufgenommen, um dem digitalen Euro Grenzen zu setzen.

2. *Die Geldschöpfung gehört in die Hände eines gemeinwohlorientierten Staates gelegt – keine Sonder-Fonds und Sondervermögen „aus dem Nichts“*

Wir müssen unsere finanzielle Autonomie zurückgewinnen und die Vorherrschaft der Finanzinstitute über den Staat beenden. Momentan wird durch das Bankensystem „Geld aus dem Nichts“ erzeugt, ohne dass der Geldmenge Waren und Dienstleistungen gegenüberstehen. Dieses "Bank"-Geld („Geld aus dem Nichts“) wird größtenteils von den Banken durch Kreditvergabe selbst erschaffen und hat keinen Gegenwert außer "Vertrauen"(Fiatgeld). Wir fordern, dass die Geldschöpfung in die Hände eines gemeinwohlorientierten Staates gelegt wird, unter Mitwirkung der Bürger vor Ort.

„Geld ohne Gegenwert“ für Europäische Sonder-Fonds wie der 770 Milliarden € NextGenerationEU“ (Corona-Hilfspaket/EU-Wiederaufbaufond) und die Förderung staatlicher Verschuldung durch die EZB lehnen wir ab, da sie zu noch mehr Inflation führen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Ballon platzt. Der Kaufkraft-Verlust betrifft vor allem Geringverdiener und sozial schwache Mitbürger.

3. *Enteignung und Entmündigung müssen gestoppt werden – Vermögensregister, Immobilienregister und Lastenausgleich sind die Verbotten*

Gesetzlich geschaffene Grundlagen für einen Lastenausgleich in Deutschland und europäische Immobilien- und Vermögensregister sind Verbotten möglicher Enteignungen. Deshalb lehnen wir diese Gesetze ab.

4. *Die Verschwendung von Steuergeldern muss transparent aufgeklärt,*

sanktioniert und künftig verhindert werden. Politiker müssen hierfür in die Haftung genommen werden.

V. Menschliche Werte statt Grenzwerte (Landwirtschaft, Ernährung und Natur)

Die jüngsten Bauernproteste in Deutschland aber auch den Niederlanden, Frankreich und anderen europäischen Ländern haben es gezeigt: Die völlig fehlgeleitete EU-Agrarpolitik mit ihren unzähligen Regularien und Subventionen ist am Ende und wird von den Betroffenen nicht mehr mitgetragen. dieBasis nimmt die Sorgen und Vorschläge der Bauern ernst und wird sie in das EU-Parlament bringen.

Ausrichtung an gesellschaftlichen und menschlichen Zielen

Der Partei dieBasis ist es ein Hauptanliegen die Menschen vor Ort, die bäuerliche Landwirtschaft, regionale Strukturen und eine möglichst vollständige Kreislaufwirtschaft zu unterstützen und zu entwickeln. Dezentrale und vielfältige Lösungen im persönlichen Austausch vor Ort zusammen mit Verbrauchern und Bauern zu erarbeiten, sollen für biologische und konventionelle Landwirte eine Perspektive bieten. Wir fordern eine Abkehr von Weltmarkt und Konzerninteressen. Bildung und Forschung im Dienste von Mensch und Natur sind hierbei wichtige Bausteine, um Verbrauchern und Bauern das Handwerkszeug zu geben, frei und gut informiert, Entscheidungen über ihre Ernährungs- und Wirtschaftsweise zu treffen. Forderungen zum Tierwohl, zu gesunder Ernährung, zum Naturschutz und nachhaltiger Forstwirtschaft ergänzen unser Programm

Die Umwelt- und Landwirtschaftspolitik in Europa sind grundlegend neu zu definieren. Wie in vielen gesellschaftlichen und politischen Bereichen scheint ein Neustart grundsätzlich die beste Idee zu sein. Beide Politikfelder sind hochgradig überreguliert und durch jahrelange ideologisch begründete Ausrichtung strukturell am Ende.

Unser Ziel ist es, unsere Grundnahrungsmittel in Europa auf der Basis der natürlichen Bodenfruchtbarkeit und einer artgerechten Tierhaltung selbst zu erzeugen, den Zustand unserer Wälder schnell und anhaltend zu verbessern und gleichzeitig unsere gewachsenen schönen Kulturlandschaften zu hegen und zu pflegen.

⇒ **Entbürokratisierung:**

1. Die Überregulierung und die ausufernde Bürokratie, der die Bauern und Bäuerinnen in der EU ausgesetzt sind, müssen zurückgefahren werden

Die überbordende Bürokratie hat dazu geführt, dass Bauern immer mehr Zeit mit Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben im Büro verbringen, die ihnen dann für ihre eigentliche Arbeit auf den Feldern und im Stall fehlt. Durch Regelwerke wie die Düngeverordnung, die Verordnungen zum Tierschutz, immer kompliziertere Regeln zur Flächenförderung ist ein schwer zu durchblickendes Geflecht an Regeln entstanden, es wird zunehmend schwieriger, sich an alle Vorschriften zu halten und keine Fehler zu machen, die dann zu Kürzungen bei den Förderungen führen können. Die Regelungen haben durchaus Ziele, die wünschenswert sind, wie den Schutz des Grundwassers, den Tierschutz oder den Schutz der Biodiversität. Allerdings sind diese Ziele durch immer mehr Gängelung, Verbote und Kontrollen nicht zu erreichen.

2. Die Digitalisierung darf nicht zu Nachteilen der Betroffenen führen, Überwachung und Gängelung soll kein Ziel und auch kein Nebeneffekt sein.

Ohne Computer und Internet ist es gar nicht mehr möglich, alle Verwaltungsanforderungen zu erfüllen. Wir sprechen uns für eine effiziente Nutzung der Digitalisierung aus. Was jedoch auf den Höfen eingesetzt wird, sollten die Betriebsinhaber frei selbst entscheiden dürfen. Aktuelle Entwicklungen, wie die lückenlose Überwachung der Felder durch KI- und Satelliten- gestützte Systeme, die noch dazu sehr fehleranfällig sind, führen zu immer weniger Entscheidungsfreiheit. Landwirte fühlen sich zunehmend gegängelt. Es soll weiterhin möglich sein, auch ohne digitale Ausstattung, Landwirtschaft zu betreiben

3. Ständige Änderungen von Vorgaben gefährden die Planungssicherheit der Betriebe und sollen deshalb vermieden werden

Da die Regeln auch alle paar Jahre unvermittelt geändert werden, ist eine Planung in die Zukunft kaum möglich, da Investitionen, z. B. in neue Ställe, eine verlässliche Grundlage brauchen. Vor allem für kleine Betriebe wird es zunehmend erschwert, neue und innovative Lösungen zu finden, da die vielen starren Vorschriften solche verhindern.

⇒ **Dezentralität:**

4. Ein Mitspracherecht von betroffenen Bauern und Verbrauchern bei Gesetzesbeschlüssen und Verordnungen auf EU-Ebene soll eingerichtet werden

5. EU-weite Richtlinien und Verordnungen sollen nur Rahmenbedingungen schaffen, möglichst viele Entscheidungen sollen dezentral vor Ort / von den untersten jeweils zuständigen Entscheidungsorganen getroffen werden

Der „Europäische Grüne Deal“ oder das „Farm-to-Fork“-Programm sind reine Produkte der EU-Administration. Die Grundzüge werden dort von technokratischen Beamten oder angestellten Wissenschaftlern festgelegt. Eine inhaltliche Abstimmung erfolgt immer nur auf verschiedenen Ebenen der Administration bis hinunter zu den sogenannten Regionen. Dies sind beispielsweise in Deutschland die Bundesländer, vertreten durch die jeweiligen Ministerien. Ein demokratischer Prozess durch aktive Beteiligung von verschiedenen Parlamenten oder gar der betroffenen Landwirte und Verbraucher findet nicht statt. Stattdessen wirken in Brüssel zahlreiche Interessensvertretungen, Nichtregierungsorganisationen und Lobbyisten an der Entwicklung und Ausgestaltung der Politiken und der Umsetzprogramme mit.

6. Abkehr von der Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Weltmarkt hin zur Ernährungssicherheit der eigenen Bevölkerung.

7. Der Einfluss von Großkonzernen und Industrie, sowie nicht gewählten Interessensvertretern muss zurückgedrängt werden.

Extrem niedrige Weltmarktpreise haben dazu geführt, dass die Landwirte die großen Verlierer dieses Systems geworden sind. Am Weltmarkt verdienen in erster Linie weltweit agierende Handelskonzerne, Agrarchemieindustrie, Lebensmittelkonzerne und Börsenspekulanten. Wir wollen diese Geldflüsse umlenken und für deutlich höhere Erzeugerpreise sorgen, ohne dass die Verbraucherpreise groß steigen.

8. Wenn Förderprogramme, dann die Förderung von lokaler Kreislaufwirtschaft und kleinen, regionalen Strukturen bei der Lebensmittelvermarktung.

dieBasis setzt auf kleine Strukturen, basisdemokratische Entscheidungen und mehr Eigenverantwortung der Bauern und Verbraucher. Je kürzer der Weg vom Bauern zum Verbraucher, desto weniger bürokratische Hürden sollte es geben.

⇒ **Zukunftsperspektiven für Landwirte:**

9. Weg vom System der Agrarförderung (Subventionen) hin zu einer fairen Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Produkte

Wir befürworten viele selbständige Bauern und eine breite Streuung des Eigentums. Daher wollen wir die Kappung der EU-Subventionen für große Investoren und sprechen uns stattdessen für einen Ausbau der Förderung kleiner Betriebe aus. Die EU pumpt Milliarden in die Landwirtschaft; gefördert werden vor allem Flächenbesitzer und Großbetriebe. Die Partei dieBasis hinterfragt daher die derzeitige EU-Agrarpolitik und setzt sich für grundlegende Änderungen in Richtung wertschöpfende Erzeugerpreise und weniger staatliche Förderung der großen landwirtschaftlichen Betriebe ein.

Langfristig haben wir vor, die staatliche Förderung landwirtschaftlicher Betriebe überflüssig zu machen und stattdessen Lösungen zu finden, die es auch kleinen Betrieben ermöglicht, von ihren Produkten und der direkten Bezahlungen für die Dienstleistungen für die Gesellschaft (Landschaftspflege) zu leben.

10. Importierte Lebensmittel müssen die Regularien der EU erfüllen.

11. Keine Freihandelsabkommen (z.B. TTIP, MERCOSUR), sondern im Gegenteil Schutzzölle auf Waren, die auch im Binnenraum erzeugt werden können.

Wir wollen nur noch mit Betrieben, die zu unseren sozialen und ökologischen Standards produzieren, freien Handel betreiben. Aktuelle Freihandelsabkommen wie TIPP, CETA und MERCOSUR sind so ausgestaltet, dass sie den bäuerlichen Betrieben, den Verbrauchern und der Umwelt nur Nachteile bringen. Es profitieren ausschließlich diejenigen Systeme, die Produkte am billigsten herstellen – ungeachtet ihrer negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen. Dadurch drängen Billigprodukte aus dem Ausland auf den heimischen Markt, die z. T. mit Pflanzenschutzmitteln hergestellt werden, die in der EU schon seit Jahrzehnten verboten sind, gentechnisch verändert wurden oder unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen erzeugt werden. Unter diesen Umständen kann die heimische Landwirtschaft nicht konkurrenzfähig sein.

12. Die Leistungen für den Erhalt der Kulturlandschaft sollen angemessen vergütet werden.

13. Der freie Zugang zu Saatgut, auch ohne Lizenz- und Nachbaugebühren muss gewährleistet sein.

14. Patente auf die Natur, also Pflanzen, Tiere und Samen darf es nicht geben und wir lehnen den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen ab.

Statt auch im Bereich der Lebensmittelerzeugung, wie schon in der Energieversorgung und der Versorgung mit Medikamenten, zunehmend vom Ausland

abhängig zu werden, sind wir dafür, dass die Landwirtschaft gestärkt wird und damit auch unsere vielfältige und kleinteilige Kulturlandschaft erhalten bleibt. Dazu gehört auch die Züchtung von samenfesten und angepassten Lokalsorten sowie der Erhalt von alten Kultursorten und Tierrassen und der Erhalt der Weidewirtschaft. Ohne Wiesen und Äcker verschwindet auch ein Großteil unserer vielfältigen Flora und Fauna!

⇒ **Verbraucherschutz, Ernährung:**

- 15. Es braucht eine ehrliche und umfassende Kennzeichnung von Lebensmitteln als Basis für eine informierte Kaufentscheidung.**
- 16. Transparente Kennzeichnung insbesondere bei Beimischung von tierischen Bestandteilen, auch Insekten, sowie bei Verwendung von gentechnischen Verfahren auch in der Fütterung.**
- 17. Die Mehrwertsteuer auf unverarbeitete Grundnahrungsmittel aus dem Binnenmarkt soll auf Null gesetzt werden.**

Die Politik darf nicht vorgeben, was wir zu essen haben. Wir möchten Rahmenbedingungen schaffen, die es uns ermöglichen, auf industriell gefertigte Nahrungsmittel zu verzichten. Gesunde, wenig verarbeitete Bioprodukte und verantwortungsvoll hergestellte konventionelle Produkte, sind teurer als mit billigen Zusatzstoffen hergestellte, stark verarbeitete Nahrung aus Massenproduktion. Würde der Schaden an Gesellschaft und Natur mitberücksichtigt, würde sich das Kostenverhältnis wohl eher umkehren. Der Binnenmarkt ist so zu regeln, dass gesunde, naturnahe Lebensmittel auf kurzen Transportwegen beim Verbraucher ankommen. Die Herkunft der Nahrungsmittel und die Qualität der Produktion sollen klar und einfach erkennbar sein. Den Verbrauchern muss es möglich gemacht werden, sich auch ohne umfassende Vorkenntnisse beim Einkauf für die Produkte zu entscheiden, die ihren Vorstellungen von einer gesunden Ernährung oder einer artgerechten Tierhaltung entsprechen.

⇒ **Tierschutz:**

- 18. Industrielle, insbesondere tierquälerische Massentierhaltung soll abgeschafft werden.**
- 19. Lebendtiertransporte aus der EU hinaus und hinein sollen unterbunden werden.**
- 20. Wir lehnen Impfpflichten und mRNA- Impfungen in der Tierhaltung ab.**
- 21. Homöopathische Anwendungen in der Tierhaltung müssen uneingeschränkt möglich bleiben.**

Den Mitgliedern der Partei dieBasis geht es darum, kein unnötiges Leid über die Tierwelt zu bringen und in friedlicher Koexistenz mit Wild- und Haustieren zusammenzuleben. Derzeit konkurriert die heimische Tierhaltung mit der Billigproduktion im Ausland, was zu einem Zwang von immer mehr Leistung auf immer weniger Fläche geführt hat. Auch Auswüchse, wie die tierquälerische Zucht, z. B. bei Puten mit Riesenbrüsten oder Kühen mit extrem großen Eutern, resultierten aus diesem Druck, immer günstiger mehr zu erzeugen. Höhere Standards in der Tierhaltung, die von vielen Verbrauchern gewünscht werden, sind nur dann von den

Betrieben zu verwirklichen, wenn die mit mehr Aufwand produzierten Produkte auch Abnehmer finden. Hier sind die Käufer in der Verantwortung. Solange sie beim Einkaufen nur auf den Preis achten, kann sich nichts ändern. Wir wünschen uns daher künftig eine höhere Wertschätzung von tierischen Produkten, damit dadurch eine tierfreundlichere Handlungsweise möglich wird. Die Tiere als unsere Mitgeschöpfe verdienen Respekt und Fürsorge.

⇒ **Naturschutz:**

- 22. Es braucht eine unabhängige Forschung, um die tatsächlichen Auswirkungen der landwirtschaftlichen Methoden und eingesetzten Mittel auf Natur, Artenvielfalt, Umwelt und Gesundheit zu belegen.**
- 23. Es soll keine Privatisierung von Wasserrechten geben, die Rechte sollen in kommunaler Hand bleiben und über Lösungen vor Ort entschieden werden.**
- 24. Der Verbrauch von Flächen durch Bebauung muss stark eingeschränkt werden, um die Flächen für Natur und Landwirtschaft nicht noch weiter zu verringern.**
- 25. Wir fordern ein nachhaltigeres Wassermanagement: Bei der Entnahme und Nutzung von Wasser muss sichergestellt werden, dass der Grundwasserspiegel und der natürliche Wasserkreislauf erhalten bleiben.**

Der Wunsch von Verbrauchern und Gesellschaft an die Landwirtschaft ist ganz klar: Die Artenvielfalt, die Kulturlandschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen wie fruchtbarer Boden, sauberes Wasser und ein gesunder Wald sollen erhalten bleiben. Um diese Ziele zu ermöglichen, sind aber einseitige Verbote, immer mehr Gesetze und genauere Regelungen nicht der richtige Weg. Kein Landwirt oder Förster wird von sich aus mit Absicht der Natur und Tieren Schaden zu fügen. Es gilt einen Rahmen zu schaffen, der den Landwirten ein Wirtschaften im Einklang mit der Natur ermöglicht. Dazu braucht es vor allem auch eine unabhängige Forschung und Bildung, die es sowohl Landwirten als auch Verbrauchern ermöglicht, frei und verantwortungsvoll zu handeln.

⇒ **Wald**

- 26. Waldpolitik sollte Ländersache sein, da aufgrund der Heterogenität keine allgemein gültigen Regeln wie z.B. die einheitliche Regelung für entwaldungsfreie Lieferketten in Europa gelten können (Subsidiaritätsprinzip).**

Für ein ökologisches Gleichgewicht braucht es auch einen stabilen, vielfältigen Wald. Der Wald darf nicht nur als Rohstoff- oder Energielieferant angesehen werden. Wälder dienen als Wasserfilter, Wasserspeicher, Hochwasserschutz, Sauerstofflieferant, CO²-Speicher, Erosionsschutz, Rückzugsgebiet vieler Tierarten und als Naherholungsgebiet für viele Menschen. Bis vor kurzem war der Wald keine durch EU-Verordnungen überregulierte Ressource. Und dieses sollte er auch bleiben, denn Waldwirtschaft in Deutschland entspricht weitgehend den Prinzipien nachhaltiger Forstwirtschaft. Die Gemeinwohlleistung der Waldbauern muss von staatlicher Seite honoriert und geschützt werden.

VI. Für eine Frieden fördernde Außen und Sicherheitspolitik

Die Partei die Basis wird auch in Europa, sich als die Partei des Friedens agieren. Die Partei dieBasis achtet die freie Selbstbestimmung, die territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit und die Gleichberechtigung aller Staaten, wie sie in den Grundsätzen der UN-Charta der Vereinten Nationen und im Völkerrecht formuliert sind. In unseren internationalen Beziehungen treten wir für eine faire multilaterale Zusammenarbeit ein. Daraus erben sich die folgenden Programmpunkte für die EU-Parlamentswahl.

1. Die Partei dieBasis lehnt Sanktionen und Boykotte als Wege politischer Konfliktlösung grundsätzlich ab.

Sanktionen bewirken materiellen Schaden und zum Teil gravierendes Leid für die zivile Bevölkerung. Im Irak, Iran und Syrien (um nur einige Länder zu nennen) konnten und können wir die fürchterlichen Folgen für die dort lebenden Menschen seit Jahren beobachten. Wirtschaftssanktionen sind Teil einer gewissenlosen Kriegsführung, die wir ablehnen.

Die Staaten dieser Erde sind alle Teil einer globalen Völkergemeinschaft, die in gegenseitigem Respekt vor unterschiedlichen gesellschaftlichen Modellen wirtschaftlich und kulturell kooperieren will. Die dabei zu beachtenden Prinzipien wurden in der Charta der Vereinten Nationen nach dem zweiten Weltkrieg völkerrechtlich bindend fixiert. Die Bevölkerung eines Landes darf jedoch nicht für das politische Handeln ihrer Regierung „bestraft“ werden

2. Der Dialog und die Überwindung von Lager- und Blockdenken sind zu fördern.

Blockdenken führt unweigerlich zu eskalierenden Konflikten und Entfremdung anstatt zu Annäherung und Frieden. Die fast vergessenen zehn Prinzipien der Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) von Helsinki 1975 zur Regelung bilateraler Beziehungen müssen wieder mit Leben gefüllt werden. Zu diesen Prinzipien gehören u.a. die friedliche Regelung von Streitfällen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die Achtung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker und die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen.

3. Die Partei dieBasis setzt sich für eine europäische Sicherheitspolitik ein, bei der die Sicherheitsinteressen aller Staaten gleichberechtigt anerkannt werden müssen.

Die Partei dieBasis lehnt Kriege generell und insbesondere als Mittel der Durchsetzung von Interessen ab. Interessenskonflikte zwischen Staaten müssen auf diplomatischem Weg gelöst werden. DieBasis setzt sich für den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete ein.

Ein erster deeskalierender Schritt im Ukraine-Konflikt sollten diplomatische Bemühungen zur friedlichen Beilegung des Konfliktes sein, statt weiter der militärischen Eskalationslogik zu folgen.

4. Einrichtung eines unabhängigen internationalen Untersuchungsausschusses zu Nordstream 1+2.

Die Partei dieBasis setzt sich dafür ein, dass die zuständigen Ermittlungsbehörden der Bundesrepublik Deutschland möglichst zusammen mit den Anrainerstaaten und der EU,

Ermittlungen aufnehmend, um herauszufinden, wer die für die Sicherung preiswerter Energie der Bundesrepublik Deutschland und der EU elementaren drei Pipelinestränge der Nordstream 1+2 im September 2022 zerstört bzw. stark beschädigt hat. Dazu muss ein unabhängiger internationaler Untersuchungsausschuss eingerichtet werden, unter Einbeziehung von Russland und den USA.

- 5. Die Partei dieBasis setzt sich für Verhandlungen und Kooperation mit Russland für die baldige Wiederaufnahme von Gasstofflieferungen über die intakte Röhre der Nordstream II Pipeline ein.***

Impressum:

dieBasis
Basisdemokratische Partei Deutschland
Zillestraße 9
10585 Berlin

AG EU und Europa